



Antrag

der Fraktion der SPD

Mit der Mietpreisbremse langfristig stabile und bezahlbare Mieten sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Entfristung der Mietpreisbremse nach § 556d BGB einzusetzen. Zudem ist dafür zu sorgen, dass die Mietpreisbremse nicht durch (teil-)möblierte und befristete Wohnungsangebote umgangen werden kann.

Zudem ist der Erlass einer Verordnung für eine Wiedereinführung der Mietpreisbremse für die angespannten Wohnungsmärkte in Schleswig-Holstein vorzubereiten.

Begründung

Die Mietpreisbremse ist ein wichtiges Instrument, um den Anstieg der Mieten zu verlangsamen. Laut Mietpreisbremse darf die Miete bei Neuvermietung in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten nur zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Mietpreisbremse entfielen. Ein Auslaufen der gesetzlichen Regelung ab 2026 würde nicht nur dazu führen, dass deutschlandweit die Neuvertragsmieten nahezu unreguliert festgelegt werden können. Auch die Bestandsmieten könnten stärker steigen, da sich die hohen Neumieten auch auf den Mietspiegel auswirken, der für Mieterhöhungen in einem laufenden Mietvertrag maßgeblich ist.

Zudem gibt es nach wie vor Schutzlücken. So sind befristete Mietverträge bisher ausgenommen. Ebenso gilt sie nicht für Mietaufschläge bei (Teil-)Möblierung. Damit dies nicht mehr für die Umgehung der Mietpreisbremse genutzt werden kann, bedarf es einer weitergehenden Regelung.

Seit 2019 gilt die Mietpreisbremse in Schleswig-Holstein nicht mehr. Sie wurde durch die Koalition von CDU, Bündnis `90/Die Grünen und FDP 2019 abgeschafft. Gerade aber in den angespannten Wohnungsmärkten in Schleswig-Holstein, in denen immerhin rund 45 Prozent der Menschen leben, wäre die Wiedereinführung der Mietpreisbremse, unerlässlich, um Mietsteigerungen zu begrenzen. Die Landesregierung muss daher bereits jetzt parallel zur auf Bundesebene laufenden Debatte zur Verlängerung der Mietpreisbremse tätig werden und eine entsprechende Verordnung vorbereiten.

Thomas Hölck
und Fraktion.